

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

I.

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre 26. Jahreskonferenz vom 16. bis 21. November 1980 in Brüssel ab und verabschiedete die in der Anlage beigefügten Empfehlungen, Entschlüsse und Richtlinien zu folgenden Themen:

- Die Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Energiepolitik
- Die Wirtschaftshilfe für Portugal
- Die Olympischen Spiele
- Die vorsätzliche Störung internationaler Rundfunksendungen
- Der Terrorismus
- Die Chemische Kriegsführung
- Die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern, die Verstärkung der westlichen Verteidigung und die Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik
- Die Lage in der Golfregion
- Die Rüstungskontrolle
- Die KSZE und die Ost-West-Beziehungen
- Die Krise in der Türkei
- Afghanistan
- Die amerikanischen Geiseln im Iran
- Kernwaffen in Europa
- Die Unterstützung des NATO-Programms „Wissenschaft im Dienste der Stabilität“
- Die Förderung der angewandten Wissenschaften und der Technik innerhalb des Wissenschaftsprogramms der NATO
- Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Bündnisländern auf dem Gebiet der Energieeinsparung.

II.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Abg. Dr. Jaeger (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Senator Fröhlich (Bremen) (SPD), Stellvertretender Leiter

Bundestag:

Mitglieder:

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU)
Abg. Damm (CDU/CSU)
Abg. Frau Fischer (CDU/CSU)
Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)
Abg. Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)
Abg. Dr. Corterier (SPD)
Abg. Lange (SPD)
Abg. Mattick (SPD)
Abg. Neumann (SPD)
Abg. Jung (FDP)

Stellvertretende Mitglieder:

Abg. Biehle (CDU/CSU)
Abg. Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)
Abg. Petersen (CDU/CSU)
Abg. Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)
Abg. Flämig (SPD)
Abg. Dr. Geßner (SPD)
Abg. Horn (SPD)

Abg. Möhring (SPD)

Abg. Schmidt (Würgendorf) (SPD)

Bundesrat:

Mitglieder:

Frau Minister Griesinger (Baden-Württemberg) (CDU)

Staatsminister Schmidhuber (Bayern) (CSU)

Senator Staak (Hamburg) (SPD)

Minister Dr. Günther (Hessen) (SPD)

Minister Dr. Dr. Barschel (Schleswig-Holstein) (CDU)

Stellvertretendes Mitglied:

Minister Titzek (Schleswig-Holstein) (CDU)

Folgende Mitglieder der Delegation bekleiden Ämter in den Ausschüssen der Versammlung:

Abg. Dr. Corterier (SPD), Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses

Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU), Vorsitzender des Unterausschusses Freier Informationsfluß des Ausschusses für Erziehung, Kultur und Information.

III.

Die Plenartagung wurde am 20. November 1980 im Sitzungssaal des belgischen Abgeordnetenhauses mit Begrüßungsansprachen der Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senats, des belgischen Ministerpräsidenten und des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung eingeleitet. **M. J. Michel**, Präsident des Abgeordnetenhauses, wies darauf hin, daß Belgien vom geographischen Gesichtspunkt aus gesehen nicht sehr groß sei, es habe aber immer eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der menschlichen Freiheit gespielt. Ein solches Klima der Freiheit und der Toleranz sei dem ganzen nordatlantischen Bereich eigen. Die Aufrechterhaltung dieser Prinzipien und der Bedingungen, ohne die diese Prinzipien nicht überleben könnten, sei die hauptsächlichste Aufgabe der Nordatlantischen Versammlung.

Der Präsident des belgischen Senats, **E. Leemans**, hob die Bedeutung der Zivilverteidigung hervor, die — obwohl ein Bereich nationaler Zuständigkeit — eine wichtige Komponente der Verteidigungsstrategie darstelle. Die Nordatlantische Versammlung kennzeichnete er als ein „Atlantisches Parlament“, in dem frühzeitig wichtige politische, militärische und wirtschaftliche Themen aufgegriffen und gründlich diskutiert würden, denen sich in wachsendem Maße auch nationale Parlamente zuwenden müßten. Später werde einmal dieses parlamentarische Zusammenspiel einen Gegenstand interessanter Studien darstellen.

Der belgische Ministerpräsident **W. Martens** ging auf die gegenwärtige krisenhafte Lage seines Landes

und dessen Stellung im Bündnis ein. Er erklärte, in freien, sich dem Wandel nicht verschließenden Gesellschaften sei es unerläßlich, daß schwierige Situationen und Krisen in Offenheit diskutiert würden, um zu tragfähigen Entschlüssen zu gelangen. Der demokratische Charakter des Bündnisses erlaube und fordere tiefgehendes gegenseitiges Verständnis unter den Partnern für bisweilen unvermeidliche, voneinander abweichende Haltungen und kurzfristige Interessenlagen. Dies könne auch gelegentliche Schwierigkeiten bedeuten mit Auswirkungen auf die Leistung des eigenen Beitrags im Bündnis; doch müsse man sich hüten, aus vorübergehenden Umständen in unzutreffende und gefährliche Unterscheidungen zwischen großen und kleinen, guten und weniger guten Verbündeten zu verfallen. Was Belgien anlange, bleibe das atlantische Bündnis Grundlage seiner Sicherheitspolitik und es werde seinen Verpflichtungen gegenüber der NATO nachkommen. Gleichzeitig bleibe Belgien bemüht, zur Entspannung in der Welt und zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen beizutragen. Die Bereitschaft zu wirksamer Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses stelle in der internationalen Gemeinschaft einen wesentlichen Stabilitätsfaktor dar, obwohl der Vertragsraum nur den Nordatlantik und das Mittelmeer betreffe: die Allianz sei ein Forum ständiger Konsultationen und biete die Gelegenheit, gemeinsame Haltungen zu Weltproblemen zu erarbeiten und entsprechend zu handeln.

Der amtierende Präsident der Nordatlantischen Versammlung, **J. Brooks** (USA), sprach den Vertretern des Gastlandes den Dank der Versammlung aus, begrüßte insonderheit die Beobachterdelegationen aus Spanien und Japan und erinnerte im Hinblick auf die Krise in Polen daran, daß man sich 1969 am selben Ort begegnet sei und damals noch unter dem Eindruck der Invasion in der Tschechoslowakei gestanden habe. Die Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses bestehe unvermindert. Gleichwohl seien dessen Sicherheit und Zusammenarbeit großen Belastungen ausgesetzt. Früher seien die Sicherheitsbedingungen vorwiegend durch militärische und politische Faktoren bestimmt gewesen. Inzwischen hätten sich wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben. So verlange die Bedrohung der Ölversorgung von allen Bündnispartnern verstärkte Anstrengungen, während schlechte wirtschaftliche Bedingungen in den meisten Mitgliedsländern dem entgegenstünden. Unterschiedliche Haltungen seien im Bündnis im Verhältnis zur Sowjetunion und ihren Verbündeten bei der Reaktion auf die Invasion Afghanistans sichtbar geworden. Zu den wichtigsten Problemen in dem Verhältnis zur Sowjetunion gehöre die Bemühung um Kontrolle der Waffenentwicklung im Nuklearbereich. Die Nordatlantische Versammlung habe auf ihren Plenartagungen in Lissabon und in Ottawa eindeutige Entschlüsse im Sinne des SALT-Verhandlungsprozesses angenommen und sei durchaus berechtigt, diese Ansichten auch nach einem Wechsel der amerikanischen Präsidentschaft zu wiederholen. Die Suche nach größerer Stabilität durch Rüstungskontrollverhandlungen dürfe nicht aufgegeben werden. Gleichzeitig müsse der Sowjet-

union der Wille des Bündnisses zu glaubwürdiger Verteidigungsbereitschaft durch Fortführung des Langzeitverteidigungsprogramms (LTDP) demonstriert werden. Den Partnern an der Südflanke müsse verstärkt wirtschaftliche und politische Hilfe gewährt werden. Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sei Gelegenheit, die Geschlossenheit des Bündnisses unter Beweis zu stellen, beispielsweise bei den Forderungen nach Fortschritten in der Menschenrechtsfrage und auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen. Da unter den Bündnispartnern stets Meinungsunterschiede als Folge geographischer, kultureller und historischer Verschiedenheit bestehen würden, sei es von größter Bedeutung, daß sie sich sowohl um Verständnis für das Trennende bemühten als auch sich der gemeinsamen Grundwerte und Überzeugungen bewußt blieben. Dieser Aufgabe und diesem Ziel diene die Nordatlantische Versammlung.

IV.

Fragestunde mit dem Generalsekretär der NATO, J. M. A. H. Luns.

Fragesteller waren die Abgeordneten Marks (Großbritannien), Biehle (Bundesrepublik Deutschland), Wall (Großbritannien), de Vlies (Belgien), Petersen (Bundesrepublik Deutschland), Sargeant (Kanada), Gontikas (Griechenland), Wellbeloved (Großbritannien), Dr. Kunz (Weiden) (Bundesrepublik Deutschland), Forrestall (Kanada), Mattick (Bundesrepublik Deutschland), Jung (Bundesrepublik Deutschland), Ridsdale (Großbritannien), Arima (Japan), Yuzyk (Kanada) und Munro (Kanada).

Abg. **Biehle** fragte, ob der Einsatz eines sowjetischen 30 000-Tonnen-U-Boots, das 20 interkontinentale Raketen transportieren könne, das Gleichgewicht zwischen den Blöcken in Frage stelle.

Generalsekretär **Luns** antwortete, die Nachricht über den Einsatz dieses U-Bootes sei in der britischen Presse erschienen. Die britische Marine sei aber nicht über die Bewaffnung, Reichweite und Tauchfähigkeit informiert. Wenn die Zeitungsnachrichten zuträfen, handele es sich in der Tat um eine ernste Entwicklung.

Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland) fragte, wie hoch auf Grund der Kriterien der NATO die Erhöhung beim Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland sei.

Generalsekretär **Luns** antwortete, die geplante Erhöhung belaufe sich auf 3 % für 1980 bis 1981. Was danach komme, wisse man noch nicht. Da die Bundesrepublik Deutschland die zweitstärkste Kraft in der NATO sei, sei die Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushalts wichtig.

Abg. **Dr. Kunz** (Weiden) nahm auf die Bemerkung von Generalsekretär Luns Bezug, daß die psychologische Situation in einigen Mitgliedsländern der NATO Sorgen bereite, und fragte, ob das NATO-Generalsekretariat genügend unternommen habe, um

diese bedeutungsvolle Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Generalsekretär **Luns** antwortete, die Regierungen einiger Mitgliedsländer hätten sich darum bemüht, der öffentlichen Meinung ein Bild über den Stellenwert des Bündnisses zu geben. Andere Regierungen seien für den von Abg. Dr. Kunz beschriebenen Trend verantwortlich. Die zuständigen Stellen der NATO organisierten Konferenzen und gäben Veröffentlichungen heraus, die etwas über diesen Stellenwert aussagten; es sei aber Aufgabe jedes einzelnen Mitgliedstaates, seine Bürger von der Notwendigkeit der Existenz der Organisation zu überzeugen. Die Probleme würden häufig sowohl im Nordatlantischen Rat wie auch in den Sitzungen der Außenminister diskutiert.

Abg. **Mattick** fragte, ob Generalsekretär Luns die Meldung bestätigen könne, wonach der Leiter der amerikanischen Delegation bei der Überprüfungs-konferenz in Madrid festgestellt habe, es werde keine Verhandlungen über Abrüstung geben, solange die Sowjetunion in Afghanistan sei. Er erkundigte sich, ob dies eine gemeinsame Haltung des Westens sei.

Generalsekretär **Luns** antwortete, daß dieser Standpunkt eine persönliche Meinung ausdrücke. Nach seiner Kenntnis hätten die Vereinigten Staaten niemals damit gedroht, die Madrider Konferenz abubrechen, obwohl die sowjetische Anwesenheit in Afghanistan die Verhandlungen erschwere.

Abg. **Jung** stellte fest, daß die Diskussion um die jährliche Steigerungsrate von 3 % bei den Verteidigungslasten mehr zur Konfusion als zur Klärung der Frage beigetragen habe. In den Ländern würden unterschiedliche Berechnungsmaßstäbe angelegt. Einige Länder, so die Bundesrepublik Deutschland, würden angegriffen, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkämen. Es wäre hoch an der Zeit, daß die NATO ihrerseits die Kriterien für die Berechnungsmaßstäbe noch einmal überarbeite. Es komme nicht auf die Verpackung, sondern auf den Inhalt an. Er fragte den Generalsekretär, was er getan habe, um Klarheit auf diesem Gebiet zu schaffen.

Generalsekretär **Luns** bestätigte, daß es nicht um die Verpackung, sondern um den Inhalt gehe und daß in verschiedenen Ländern verschiedene Kriterien angewandt würden. Die NATO prüfe die übermittelten Angaben genau; dabei erlebe man angenehme und unangenehme Überraschungen. Einige Länder hätten zum Beispiel angegeben, sie hätten ihre Verteidigungsausgaben um 1 % erhöht; tatsächlich seien es 3 oder 4 % gewesen. Allerdings geschehe auch das Umgekehrte. Die dreiprozentige Erhöhung sei beschlossen worden; es sei aber sehr schwierig, die Anstrengungen von Land zu Land zu vergleichen. Man müsse eine richtige Mitte finden.

Besonders beachtet wurde die Antwort von Generalsekretär **Luns** auf die Frage des Senators **Yuzyk** (Kanada), der den Generalsekretär bat, zu den Ereignissen in Polen Stellung zu nehmen. Generalsekretär Luns äußerte sich mit Respekt vor der polnischen

Gewerkschaftsbewegung, fügte jedoch hinzu, es sei verständlich, daß die Sowjetunion über die Lage besorgt sei. Wenn Sowjetrußland in Polen intervenieren würde, könne von der NATO als einem Verteidigungsbündnis nicht erwartet werden, daß sie Polen schütze. Es müsse aber klargestellt werden, daß ein sehr ernster Rückschlag auf dem Gebiet der Entspannung einer solchen Intervention auf jeden Fall folgen würde.

a) Militärische Angelegenheiten

Beschlußtexte der Versammlung:

- Die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern, die Verstärkung der westlichen Verteidigung und die Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik
- Die Chemische Kriegsführung

In einer kurzen Aussprache bezeichnete der Vorsitzende des Militärausschusses, Abg. **Wall** (Großbritannien), als Hauptthema der Arbeit des vergangenen Jahres die U-Boot-Abwehr sowie Fragen des Wehrdienstes, insbesondere des Verhältnisses von Berufsarmee zu allgemeiner Wehrpflicht. Beide Themen sollten in den entsprechenden Unterausschüssen ein weiteres Jahr verfolgt werden. Das Thema Rüstungskontrolle wurde parallel zum Politischen Ausschuß behandelt. Ein dem Ausschuß vorgelegter Entschließungsentwurf fand jedoch keine Mehrheit, so daß die Aussprache über diesen Punkt bei der Behandlung des Entschließungsentwurfes des Politischen Ausschusses stattfindet.

Abg. **Dr. Jaeger** erinnerte einleitend daran, daß er von Anfang an der Nordatlantischen Versammlung angehört habe und nun zum letzten Mal das Wort ergreife. Man stehe an einem Markstein des Bündnisses, von dem aus der Weg zum Guten wie zum Schlechten führen könne.

Die Nordatlantische Versammlung sei zu einer Selbstverständlichkeit im Bündnis geworden. Sie beweise, daß es nicht nur von den Regierungen, sondern auch von den Völkern getragen werde. Der höchste Wert der Versammlung beruhe darin, daß Europäer und Amerikaner bzw. Kanadier miteinander sprächen. Obwohl er ein Abgeordneter der Opposition sei, stimme er Bundesaußenminister Genscher voll und ganz zu, daß unser Platz an der Seite der Vereinigten Staaten sei und nicht zwischen den beiden Weltmächten. In diesem Sinne begrüße er die Wahl von Gouverneur Reagan zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er hoffe, daß Reagan in der Lage sei, die Führungsrolle der Vereinigten Staaten wiederherzustellen. Alle Mitglieder des Bündnisses seien an einer klaren und kontinuierlichen Politik der Amerikaner interessiert. Das militärische Gleichgewicht sei verlorengegangen und müsse wiederhergestellt werden. Das bringe auch Forderungen an die Europäer mit sich. Deshalb sei die Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration zu begrüßen. Gleichzeitig sei zu bedauern, daß die Wunde, die das Ausscheiden Frankreichs aus dem militärischen Teil der Allianz hinterlassen habe, noch nicht rückgängig gemacht worden sei.

Die Bundeswehr, die einen Teilbetrag zur Verteidigung der freien Welt leiste, habe in diesen Tagen das 25jährige Jubiläum gefeiert. Nach seiner Überzeugung dürfe man sich nicht der geforderten Erhöhung der Rüstungsausgaben um 3% verweigern. Aber noch wichtiger als die Rüstung sei die Motivation unserer jungen Männer. Angesichts der Minderheit der Demonstranten dürften nicht die schweigenden Mehrheiten in den Völkern übersehen werden, die das Bündnis bestätigten. Sie zum Sprechen zu bringen sei auch eine Aufgabe der Versammlung.

Entspannungspolitik sei grundsätzlich richtig; aber leider sei in einer gewissen Euphorie das Bewußtsein der Bedrohung verlorengegangen. Der stellvertretende amerikanische Delegationsleiter Kampelman habe in Madrid gesagt, die Sowjetunion nutze die Entspannung für expansionistische Ziele aus. Man habe dies schon in Äthiopien, Mozambique, Angola und Afghanistan erfahren. Der Überfall auf ein anderes Land sei keine innere Angelegenheit der Sowjetunion. Karl Marx habe 1858 geschrieben:

Die russische Politik ist unwandelbar. Ändern können sich Rußlands Methoden, seine Taktik, seine Manöver; aber der Polarstern der russischen Politik, die Beherrschung der Welt, ist ein Fixstern. Der russische Bär wird sicher zu allem fähig sein, solange er weiß, daß die anderen Tiere, mit denen er umgeht, zu nichts fähig sind.

Abschließend rief Dr. Jaeger im Sinne des deutschen Sprichwortes „Einigkeit macht stark“ zu einer Politik der atlantischen Einheit und Stärke auf.

Abg. **Damm** sagte, er wolle am Schluß seiner parlamentarischen Laufbahn einige Erfahrungen an die Kollegen der Versammlung weitergeben. Die Nordatlantische Versammlung sei in ihrer praktischen Bedeutung für das Bündnis viel wichtiger, als dies die Bevölkerung und leider auch die entscheidenden nationalen Parlamente wüßten. Sein erster Rat bestehe daher darin, daß versucht werden müsse, in den nationalen Parlamenten häufiger und energischer über das zu diskutieren, was in der Nordatlantischen Versammlung beschlossen worden sei. Dies sei der beste Weg, um die nationalen Parlamente mit den Problemen der Allianz bekanntzumachen.

Man dürfe nicht nur in den jährlich zweimal stattfindenden Tagungen die Arbeit der Versammlung sehen, sie liege vor allem auch in der kontinuierlichen Tätigkeit der Unterausschüsse. Er selbst habe das Glück gehabt, den Unterausschuß für die Verteidigungszusammenarbeit zu leiten, der durch seine regelmäßigen Besuche in den Vereinigten Staaten die Aufmerksamkeit des Kongresses für die Probleme des Bündnisses beträchtlich verstärkt habe. Die Kooperation auf dem Gebiet der Waffensysteme werde immer bedeutsamer, da in der Regel neue Waffensysteme nicht mehr allein entwickelt, produziert und gekauft werden können. Die häufigen Besuche des Ausschusses beim Kongreß und in den Vereinigten Staaten hätten dazu beigetragen, daß es am Ende nicht mehr eine Konfrontation Europa — USA gegeben habe, sondern am Ende der Diskussion hätten die amerikanischen Kollegen die Argumente des

Unterausschusses zu ihren eigenen Argumenten gemacht. Ein Beispiel für diese Kooperation sei das System AWACS, bei dem amerikanische, holländische, belgische, italienische und deutsche Soldaten in ein und demselben Geschwader tätig sein würden.

Wenn der Appell seines Vorredners „Einigkeit macht stark“ befolgt werde, sei es ihm um die Zukunft des Bündnisses nicht bange.

b) Wirtschaftliche Angelegenheiten

Beschlußtexte der Versammlung:

- Die Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Energiepolitik
- Die Wirtschaftshilfe für Portugal

Alle Redner betonten in der Aussprache die vielfach unterschätzte Bedeutung wirtschaftlich gesunder Verhältnisse für den Zusammenhalt des Bündnisses. Insbesondere wurde die wirtschaftliche Situation in der Türkei angesprochen und Hilfe für Portugal gefordert. Auch die Schlußfolgerungen der Brandt-Kommission über den Nord-Süd-Dialog fanden in diesem Zusammenhang nachdrückliche Unterstützung.

Abg. **Lange**, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, beschrieb einleitend den völligen Wechsel im Präsidium des Ausschusses nach seinem Ausscheiden. Als Nachfolger sei der britische Konservative McCrindle gewählt worden, und dessen Stellvertreter sei der amerikanische Kollege Levitas. Neuer Generalberichterstatte sei der holländische Kollege Uijen. Die Frage eines Sonderberichterstatters für die Energiepolitik müsse noch geklärt werden.

Der Wirtschaftsausschuß habe sich ständig bemüht — er glaube, mit Erfolg —, den Artikel 2 des NATO-Vertrages mit dem erforderlichen Leben zu erfüllen. Die Kollegen dieses Ausschusses seien der Meinung, daß es nicht nur darauf ankomme, über entsprechende Waffensysteme verfügen zu können, sondern daß der Verteidigungswille der Völker gestärkt werden müsse. Daraus resultiere die absolute Notwendigkeit einer stabilen ökonomischen und sozialen Grundlage des Bündnisses. Die 15 Mitgliedsländer hätten auch nur im Ansatz nicht den Versuch gemacht, sich über eine übereinstimmende Wirtschafts-, Sozial- und Währungspolitik zu verständigen. Wenn gegenüber den Ländern der Dritten und Vierten Welt freundschaftliche Beziehungen auch auf wirtschaftlichem Gebiet Platz griffen, könnte sich die Nordatlantische Gemeinschaft entsprechenden Einfluß sichern, nicht nur zu unserem Nutzen, sondern zum Nutzen aller Beteiligten. Damit könnte der so oft beklagte sowjetische Einfluß in der Dritten und Vierten Welt zurückgedrängt werden. Der Generalsekretär der Organisation und der Vorsitzende des Rates, die oft zu diesem Thema befragt worden seien, seien der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Probleme der OECD und die energiepolitischen Probleme bei der Internationalen Energieagentur behandelt werden sollten — dabei lasse der Rat außer acht, daß eines der fünfzehn Mitglieder nicht Mitglied dieser Agentur sei —, und die Entwicklungs-

fragen sollten im Rahmen der UNO behandelt werden, obwohl man sich über die dortigen Mehrheitsverhältnisse und Vorurteile klar sei.

Wenn es nicht gelinge, ein Gleichgewicht auf diesem Gebiet gegenüber der militärischen Anstrengung herzustellen, nützten diese Anstrengungen nichts, weil sie nicht mehr verwirklicht werden könnten. Insofern müsse entsprechendes Gewicht auf die ökonomische Entwicklung gelegt werden.

Auch die verteidigungspolitischen Anstrengungen müßten unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen werden. Man müsse wissen, wie die Kosten-Nutzenrechnung dabei aussehe. Die Verwirklichung der Verpflichtung einer dreiprozentigen Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus dem Jahre 1978 habe bei den Diskussionen des Wirtschaftsausschusses eine große Rolle gespielt. Es fehle eine umfassende und ausreichende Definition dessen, was mit diesen 3% eigentlich bewirkt werden solle. Es sei völlig ausgeschlossen, diese 3% nur dadurch zu erreichen zu versuchen, daß der Sold der Soldaten verbessert werde. Es komme darauf an, andere qualitative Merkmale zu fixieren. Dies sei leider im Jahre 1978 nur zu einem Teil geschehen. In diesem Punkt müsse entsprechender Druck auf die nationalen Regierungen ausgeübt werden. Delegationsleiter Dr. Jaeger habe schon auf die besondere Bedeutung der Rückkoppelung in die nationalen Parlamente verwiesen. Dies müsse in einer Weise erfolgen, die den Regierungen, die von den nationalen Parlamenten kontrolliert würden, kein Ausweichen mehr offen lasse.

Möglichkeiten der Diskussion bestünden auch nach seinem Ausscheiden aus der Nordatlantischen Versammlung. Das Europäische Parlament, dem er angehöre, habe eine Delegation eingesetzt, die die Verbindung mit dem Kongreß aufrechterhalte, und im Europäischen Parlament seien immerhin acht Mitglieder des Bündnisses vertreten.

Abschließend rief Abg. Lange die Versammlung auf, die Notwendigkeit der Sicherung stabiler ökonomischer und sozialer Grundlagen des Bündnisses nicht zu vernachlässigen, um auf diese Weise von der Existenzseite und von den Menschen her den Verteidigungswillen und die Verteidigungsbereitschaft der Allianz zu sichern. Nur so könnten die demokratischen Verfassungen und die demokratischen Organisationen und die damit verbundenen individuellen Freiheiten gegenüber den Bedrohungen in der Welt gesichert werden.

Abg. **Flämig**, Sonderberichterstatte des Wirtschaftsausschusses, führte aus, die Energiesituation habe sich durch die Ölvertierung um 2 400 % in zehn Jahren dramatisch zugespitzt. Die absehbare Verknappung der fossilen Brennstoffe bei rasch zunehmender Weltbevölkerung dränge förmlich nach technischen und politischen Lösungen. Im Bericht über die koordinierte Energiepolitik sei versucht worden, Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Auf der technischen Seite würden verstärkte Anstrengungen zum Einsparen von Energie gefordert. Die Ansätze in einigen Ländern seien ermutigend; aber mit Einsparungen allein sei das Problem der Ölverknappung

nicht zu lösen. Deshalb würden verstärkte Anstrengungen zur Nutzung von Braunkohle und Steinkohle vorgeschlagen, bessere Verbrennungsmethoden und bessere und billigere Transportmittel. Aber auch die Kohle werde knapper und teurer werden. Daher fordere der Ausschuß die rasche Entwicklung neuer alternativer Energiequellen. Man sei sich darüber klar, daß nur 3% des Energiebedarfs der Welt durch alternative Energien — Wind- und Wellenenergie, Geothermie usw. — zu decken seien. Darum komme man nicht darum herum, auch die Nuklearenergie zu nutzen bzw. weiterzunutzen. Dies bedinge die rasche Lösung des Problems des Brennstoffkreislaufs, der Wiederaufbereitung und der Endlagerung des Atommülls bei strengen Sicherheitsmaßnahmen.

Es werde immer wieder behauptet, die Konzentration auf die Kernfusion sei die langfristige Lösung aller Energieprobleme. Forscher und Wirtschaftler hätten vor dem Ausschuß übereinstimmend ausgesagt, daß man vielleicht im Jahre 2020 absehen könne, ob es gelinge, die Kernfusion zu beherrschen. In den nächsten 30 Jahren müsse angesichts der Notwendigkeit, das knappe Uran besser zu nutzen, wohl die Hauptlast der Energiestromversorgung beim schnellen Brüter liegen.

Auf politischem Gebiet werde empfohlen, die nationalen Energiepolitiken zu koordinieren. Man dürfe nicht gegeneinander arbeiten und egoistisch auf seinen eigenen Vorräten sitzen.

Abschließend dankte Abg. Flämig für die Mitarbeit, die Kollegialität und Freundschaft, die er in seiner zehnjährigen Zugehörigkeit zu der Versammlung empfangen habe. Er bat die Versammlung, auch in Zukunft über die Verteidigungspolitik und die Wirtschaftspolitik die Energiepolitik nicht zu kurz kommen zu lassen.

c) Politische Angelegenheiten

Beschlußtexte der Versammlung:

- Die Rüstungskontrolle
- Die KSZE und die Ost-West-Beziehungen
- Die Krise in der Türkei
- Afghanistan
- Die amerikanischen Geiseln im Iran
- Kernwaffen in Europa

In der Einleitung des Vorsitzenden, Abg. **Burton** (USA), wurde die besondere Aktivität des Unterausschusses Südliche Region hervorgehoben, der sich mit einer Vielfalt von dringenden Problemen zu befassen hatte, was bereits aus den Themen der vorliegenden Entschließungsentwürfe zu erkennen ist. Dementsprechend beschloß der Ausschuß die Mitgliederzahl für den Unterausschuß zu erhöhen und ihm die Möglichkeit zu geben, sich auch mit dem Problem der Golfregion zu befassen. Zweites Hauptthema war die Frage der Nuklearwaffen im Bündnis und die Ost-West-Verhandlungen über diese Waffenart. Ein neu zu bildender Unterausschuß sollte sich

in Zusammenarbeit mit dem Militärausschuß speziell mit diesem Thema befassen. Breiten Raum nahm in der Aussprache die Frage ein, ob die Versammlung nach ihrer Entschließung über SALT II im vorangegangenen Jahr in Ottawa sich erneut zugunsten dieses umstrittenen Vertrags in einer Entschließung über die Rüstungskontrolle äußern oder den veränderten Umständen Rechnung tragend lediglich den Fortgang der SALT II-Verhandlungen befürworten solle.

Abg. **Mattick** leitete seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, auch in den letzten fünf Minuten, während der er vor der Nordatlantischen Versammlung sprechen könne, wolle er sich mit Fragen beschäftigen, zu denen er des öfteren Stellung genommen habe. Zur Zeit sei er in der Versammlung der einzige Berliner Abgeordnete. Als Berliner finde er es gar nicht so schlecht, daß Berlin in der bisherigen Debatte keine Rolle gespielt habe. Die Berliner hätten sich immer gewünscht, daß man Berlin nicht besonders behandle; in letzter Zeit habe sich aber einiges ereignet, das angesprochen werden müsse.

In Berlin habe man Erstaunliches erlebt. In Berlin (Ost) habe im September eine IPU-Konferenz stattgefunden, und einige Kollegen wüßten, mit welchem Aufwand sich die DDR-Führung dieser Konferenz angenommen habe und wie sie versucht habe, eine gute Note zu erzielen. Die gute Note sei auch gegeben worden. Der Staatsratsvorsitzende Honecker habe eine verbindliche Rede bei dieser Konferenz gehalten, und die Delegierten hätten sich tatsächlich gut behandelt gefühlt. Vier Wochen später sei alles ganz anders gewesen. Honecker habe in Gera eine Rede gehalten, die in totalem Widerspruch zu der Rede stehe, die er während der IPU-Konferenz gehalten habe. Er habe nicht nur versucht, eine schlechte Sache zu verteidigen, sondern sei zu verleumderischen Angriffen gegenüber der Bundesrepublik und dem ganzen Westen übergegangen.

Zwei Gründe seien hierfür maßgeblich gewesen. Die DDR-Regierung habe große Sorgen wegen der Begegnungen, die die Vereinbarungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland möglich gemacht hätten. Die DDR-Regierung suche nun eine Basis, um von diesen Vereinbarungen herunterzukommen, weil die Menschen, die von Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin (Ost) gereist seien, gesehen hätten, wie es in Deutschland wirklich aussehe — anders, als es im „Neuen Deutschland“ stehe.

Der zweite Grund seien die Ereignisse in Polen. Jedermann wisse, in welcher schlimmen Situation sich die DDR und die Ostblockländer in dieser Phase der Entwicklung befänden. Die DDR-Führung wisse, daß durch die Erhöhung der Zwangsumtauschgebühr kein Pfennig mehr eingenommen werden könne, weil die Erhöhung meist solche Bürger treffe, die sich die neuen Preise nicht erlauben könnten: Rentner und alte Leute. Der hohe Zwangsumtausch solle den Verzicht des Besuchs in der DDR bewirken. Im Vergleich mit dem Vorjahr hätten mehr als 65 % weniger Besucher in den letzten Monaten die DDR besucht.

Mit viel Geduld sei erreicht worden, daß auf dem Gebiet der KSZE weiter verhandelt werde. Er sei denen, die dies erreicht hätten, dankbar. Zum Umgang mit den Sowjets gehöre viel Geduld. Abg. Mattick erinnerte in diesem Zusammenhang an den Bericht des von ihm geleiteten Unterausschusses „Entspannung“ mit dem Thema „Grenzen und Möglichkeiten der Entspannung“. Er glaube, daß dieser Bericht auch im Verhältnis zu dem, was sich in der Zwischenzeit ereignet habe, wert sei, nachgelesen zu werden. Alle Mitglieder des Unterausschusses seien der Meinung gewesen, daß die Bemühungen auf dem KSZE-Gebiet mit viel Geduld fortgesetzt werden müßten.

Bei allem, was in der Zukunft geschehen werde, komme es darauf an, so viel Gemeinsamkeit wie möglich in der Nordatlantischen Gemeinschaft zu entwickeln. Die Politik innerhalb der NATO und der anderen Organisationen, denen die Mitgliedsländer angehörten, müsse deutlich machen, daß es kein Auspielen mit uns gebe, sondern daß wir eine gemeinsame Haltung hätten. Das gelte für die Fortsetzung der KSZE und beim Osthandel. Niemand wisse, wie die Entwicklung weiter verlaufe. Abg. Mattick gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Entspannungsprozeß mit der nötigen Geduld fortgesetzt werde.

d) Die Lage in der Golfregion

Beschlußtext der Versammlung:

Die Lage in der Golfregion

Übereinstimmend gingen die Teilnehmer an der Aussprache davon aus, daß die sowjetische Besetzung Afghanistans eine Herausforderung des Westens darstellt, indem sie das westlich-östliche Gleichgewicht empfindlich stört. Als gemeinsame Voraussetzung der verschiedenen Standpunkte zeichnete sich auch ab, daß die Golfregion nicht als Schauplatz direkter militärischer NATO-Operationen angesehen wird, trotz seiner lebenswichtigen wirtschaftlichen Bedeutung für die westeuropäischen Länder. Das verbleibende Spektrum an aufgeführten Möglichkeiten der Einflußnahme zur Erhaltung der Stabilität im Golfgebiet reichte von nationalen Demonstrationen militärischer Präsenz über eine Vielfalt gezielter wirtschaftlicher Maßnahmen bis zu dem Konzept der Arbeitsteilung in der Allianz, d. h. der Bereitschaft der europäischen Bündnismitglieder, durch verstärkte Verteidigungsanstrengungen (3 %-Formel) diejenigen Lücken aufzufüllen, die durch Verlagerung amerikanischer Kräfte an den Golf entstehen könnten. Daneben wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß es sich bei den Krisenerscheinungen in der Golfregion zum Teil um evolutionäre soziale Prozesse handelt, denen nicht mit militärischen Reaktionen zu begegnen sei.

Abg. **Dr. Corterier**, Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses, begründete den Entwurf der Entschließung. Es müsse versucht werden, im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich auf die Herausforderung des Westens, die durch die Situation am Golf entstanden sei, zu reagieren.

Das Gleichgewicht der Kräfte, das durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zerstört worden sei, müsse wiederhergestellt werden. Dies erfordere eine internationale Arbeitsteilung und die Bereitschaft auf der Seite der Mitglieder des europäischen Bündnisses, die Lücke zu füllen, die durch die Verlegung amerikanischer Streitkräfte in die Golfregion entstehe. Diese vereinte Anstrengung sei von großem psychologischem Wert für das Bündnis.

Die 3 %-Formel werde von vielen kritisch betrachtet. Man könne die Formel dadurch verbessern, daß man Kriterien entwickle, die einen Vergleich ermöglichen zwischen dem, was die einzelnen Länder leisteten. Es sei aus politischen und militärischen Gründen wichtig, an der 3 %-Formel festzuhalten.

Die Reaktion auf die Herausforderung des Westens dürfe sich nicht auf den militärischen Bereich beschränken. Es müsse versucht werden, die Aktionsmöglichkeiten des Bündnisses zu verbessern. Das gelte besonders für die Industrieländer. Neue Möglichkeiten der Krisenbewältigung müßten gesucht werden, und dazu müsse mit anderen westlichen Ländern wie Japan Verbindung aufgenommen werden, die bereit seien, zur Bewältigung der Situation im Golfbereich beizutragen.

Im wirtschaftlichen Bereich habe der Krieg zwischen Iran und Irak wieder einmal verdeutlicht, daß es keine Lösung des Energieproblems geben werde, wenn der Westen weiterhin wie bisher vom Öl im Nahen und Mittleren Osten abhängig bleibe. Wenn der Krieg noch lange dauere, stehe die schlimmste Energiekrise bevor, die der Westen je erlebt habe. Daher müsse eine gemeinsame Strategie gefunden werden, um den Energieverbrauch zu begrenzen, und es müsse ein Programm aufgestellt werden, das geeignet sei, die Abhängigkeit vom Öl im Nahen und Mittleren Osten herabzusetzen.

Abg. **Blumenfeld** wies darauf hin, daß der Westen als Ganzes erstmals in seiner Sicherheit in einem für seine Existenz wichtigen Gebiet außerhalb des Territoriums der NATO-Staaten durch eine Aktion der Sowjetunion in ernster Gefahr sei. Die sowjetische Invasion in Afghanistan habe wie selten zuvor die immer größer werdenden Unterschiede in den Auffassungen der Amerikaner und Europäer in Sachen Entspannungspolitik deutlich gemacht.

Aus europäischer Sicht — so jedenfalls die noch herrschende offizielle Meinung der EG-Regierungen — habe die Entspannung trotz gelegentlicher Rückschläge zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in Europa beigetragen. Doch der Schein trüge. In Wahrheit sei es der europäischen Politik nicht gelungen, mit Hilfe der Entspannungspolitik die UdSSR ernsthaft zu veranlassen, etwa in der Dritten Welt Zurückhaltung zu üben. Im Gegenteil. Die Sowjetunion vergrößere systematisch ihren Einfluß in Asien und Afrika. Eine nicht abgestimmte, nicht entschlossen genug verfolgte Politik der Europäer könne, wie sich jetzt die Lage im Nahen und Mittleren Osten darbiete, die sehr ernst zu nehmenden Probleme allenfalls noch schwieriger für den Westen insgesamt werden lassen.

Es sei hohe Zeit, daß die verantwortlichen europäischen Politiker, aber auch die aus Amerika, den Ernst der Situation erkennen, daß sie zum Beispiel auch Entspannungspolitik weltweit betrachteten und danach handelten. Die Erfahrungen amerikanischer Entspannungsbemühungen sollten hier „hilfreich“ sein können.

Obwohl sich die Europäer innerhalb des NATO-Bündnisses an vielen Aktionen und gemeinsamen Anstrengungen pflichtgemäß beteiligt hätten, dem konventionellen Ungleichgewicht zugunsten der Staaten des Warschauer Paktes und deren wachsender Überlegenheit auf dem Gebiet taktischer Nuklearwaffen entgegenzuwirken, hätten sie eine höchst gefährliche Richtung eingeschlagen, nämlich die eigene Verteidigung, die des Westens insgesamt und die Entspannung in Europa stets gleichzeitig zu behandeln.

Man müsse auch damit aufhören, sich insofern etwas vorzumachen, als behauptet werde, es gebe keine Alternative zur Entspannung. Die Russen hätten uns gelehrt, was so verstandene Entspannungspolitik letztlich wert sei. Ohnmächtig beinahe stehe der Westen da, wenn die Sowjetunion irgendwo in einer Krisenregion der Erde handle, militärisch oder über Stellvertreter eingreife. Lange sei die sowjetische Aufrüstung auf die leichte Schulter genommen worden und seien die eigenen Rüstungsanstrengungen vernachlässigt worden. Die Warnungen der Militärs seien beiseite geschoben worden. Auch die Carter-Administration habe hier oft wenig glücklich operiert. Es sei zu hoffen, daß die neue Regierung nicht nur im eigenen Land einen klaren Kurs steuere, sondern notfalls auch entschlossen sei, die spätestens seit Vietnam verlorengegangene amerikanische Führungsrolle innerhalb des westlichen Lagers wieder mutig zu übernehmen und die Europäer aufzufordern, parallel und ergänzend tätig zu werden, dies in der Überzeugung, daß es für den demokratischen Westen mittel- und langfristig häufig besser und finanziell billiger sei, schon im Frühstadium sich abzeichnender ungünstiger weltpolitischer Entwicklungen einen härteren Kurs gegenüber der expansionsentschlossenen Sowjetunion zu fahren.

Wir im freien Westen könnten uns glücklich schätzen, daß im nordamerikanischen und west- und mitteleuropäischen Raum seit 1945 im wesentlichen Frieden geherrscht habe. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges habe es immerhin schon 132 Kriege oder kriegsähnliche Verwicklungen sonst in der Welt gegeben.

Doch damit dürfe man sich nicht begnügen. Die Bundesrepublik Deutschland, Europa insgesamt sei durch ein ganzes System von Allianzen und Beziehungen unterschiedlicher Art — einschließlich der Abhängigkeit von der Versorgung mit Rohstoffen — in die Weltpolitik unauflöslich einbezogen. Es könne und dürfe uns nicht gleichgültig sein, was an strategischen Brennpunkten der Erde passiere. Unsere eigene Position müsse durch aktive Politik und zumindest durch aufmerksames Beobachten mit eingebracht werden. Wir Europäer müßten ohne weitere Verzögerung darangehen, über die uns selbst

gesteckten Grenzen der militärischen Allianzbindung hinauszudenken. So müsse beispielsweise die gesamte Südostflanke, die für die NATO eine eminent wichtige Aufgabe gerade in der Zukunft zu erfüllen habe, mit Vorrang einbezogen werden.

Die Sowjetunion habe sich nicht nur politisch, sondern auch militärisch im Nahen Osten engagiert. Die Risiken des irakischen Angriffskrieges gegen den Iran, der bisher sowjetische Unterstützung noch zurückgewiesen habe, würden immer deutlicher. Je länger der Krieg dauere, desto mehr nehme auch die Abhängigkeit der vorwiegend russisch bewaffneten irakischen Streitkräfte von Moskau zu. Der Kreml werde gezwungen sein, zwischen der Investition im Irak und den künftigen Chancen im Iran einen schwierigen und gefährlichen Balanceakt zu unternehmen. Dies alles stelle den Westen vor neue und große Aufgaben.

Die westliche Verteidigungsallianz müsse aus den bitteren Erfahrungen im Nahen und Mittleren Osten unverzüglich die politischen und militärischen Konsequenzen ziehen. Der Gedanke, nach Camp David und den amerikanisch-ägyptisch-israelischen Friedensbemühungen die beiden bisher verfeindeten Nahost-Staaten Ägypten und Israel eng an die NATO-Gemeinschaft anzulehnen, um einen wirksamen Flankenschutz im Südosten der Allianz aufzubauen, sollte fortan sehr ernsthaft in unsere Überlegungen einbezogen werden.

Abg. Blumenfeld schloß mit den Worten: Unsere Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft und unsere Versammlung sind ein in der Welt sehr ernstzunehmender, den Frieden stabil haltender Faktor. Tun wir alles, damit uns der Frieden erhalten bleibt.

Abg. Lange erklärte, die von Abg. Hopkins gestellte Frage, ob die Europäer den Willen zur wechselseitigen Verständigung hätten, sei zu bejahen. Aber auch die Amerikaner und Kanadier müßten die Europäer besser verstehen lernen. Die Europäer hätten eine unmittelbare Grenze zum anderen Teil der Welt. Mehr Konsultation und Konzertierung sei eine Notwendigkeit.

In der jüngsten Krise sei kein ernsthafter Wille zur Konzertierung zu erkennen gewesen. Das Bündnis könne nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung funktionieren. Es dürfe keinen Vorrang geben. Dies schließe ein, daß die Europäer dann, wie zum Beispiel in der Golfregion, selbstverständlich zu Umschichtungen der Aufgaben innerhalb des Bündnisses bereit sein müßten. Die Europäer müßten willens sein, der amerikanischen Führungsmacht nach erfolgter Konsultation die Erfüllung ihrer Aufgaben außerhalb des Bündnisbereichs zu ermöglichen. In dieser Hinsicht habe es manchmal an dem erforderlichen Willen gefehlt. Es sei nicht damit getan, einfach festzustellen, daß wir uns in einer bestimmten wirtschaftspolitischen Entwicklung befänden, die allen besondere Schwierigkeiten mache. Mit den Waffen allein seien die Probleme nicht zu lösen.

Wenn man sich über die aktuelle Situation in den Entwicklungsländern beklage, müsse gleichzeitig gefragt werden, ob nicht systematisch der Einfluß

des Westens seit Anfang der sechziger Jahre zurückgedrängt worden sei. Hierfür sei eine jedenfalls teilweise verkehrte Politik gegenüber den aus der Abhängigkeit entlassenen Kolonialgebieten der Dritten Welt verantwortlich. Praktisch seien diese Länder dem Einfluß der Sowjetunion überlassen worden. So wäre der Vertrag zwischen Moskau und Mozambique nicht abgeschlossen worden, wenn der Westen diese unabhängig gewordenen Staaten mit mehr Verständnis behandelt hätte. In der Verurteilung der Sowjetunion durch die Vereinten Nationen wegen des Einmarschs in Afghanistan stecke eine Chance. Der Einfluß des Westens in der Welt werde verspielt, wenn nicht den Ländern der Dritten und Vierten Welt ökonomische Möglichkeiten geboten würden. Die Politik der Sowjetunion gebe sich sozialistisch oder kommunistisch, sie sei aber nichts anderes als die Fortsetzung der Politik des Zarenreiches. Die Entwicklung, die der Einmarsch in Afghanistan bezeichne, sei über Jahrzehnte hinweg zu erkennen gewesen.

Der Westen müsse die Versäumnisse, die er sich seit mindestens zwanzig Jahren geleistet habe, erkennen und die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Wenn es nicht gelinge, das Verhältnis zu den Ländern der Dritten und Vierten Welt, aber auch zu Ländern wie Japan entscheidend zu verbessern, bestehe keine Chance, Demokratie, individuelle Freiheit und Frieden aufrechtzuerhalten.

Abg. **Petersen** bezweifelte, daß der Westen die richtigen Fragen nach den Gründen der Revolution im Iran gestellt habe. Die westlichen Geheimdienste hätten früher den Iran als stabilsten Staat Südwestasiens betrachtet. Es müsse deshalb gefragt werden, ob Waffen allein genüßten. Die Geschichte bestehe aus Hoffnungen, Befürchtungen und Träumen von Millionen von Menschen. Der Iran habe den Beweis dafür geliefert, was Ideen vermöchten. Es gebe nichts stärkeres als Ideen. Das habe sich schon vor zweihundert Jahren in der französischen Revolution gezeigt. Der Sozialismus sei auch ein solcher Traum, den sich nur sehr reiche Länder leisten könnten. Der Kommunismus stelle noch für Millionen in der Welt eine Vision dar. Die Entwicklung in Polen habe gezeigt, daß der Kommunismus als Idee, die eine Gesellschaft formen und ändern könne, tot sei. Er glaube nicht, daß irgendein Politbüromitglied die Frage wiederholen würde, wieviel Divisionen der Papst habe. Die Entwicklung in Polen habe bewiesen, daß das, wofür sich der Papst einsetze, sehr viel stärker sei als kommunistische Diktaturen.

Unter der brennenden Sonne und in den Wüsten des Golfbereichs träumten die Menschen, wie sie der Armut entrinnen könnten. Die Menschen im Iran glauben, daß die iranischen Studenten, die an westlichen Universitäten studiert hätten, ihren Glauben und ihre Moral verloren hätten. Europa habe den Studenten aus der Dritten Welt mehr zu bieten. Es müsse neu definiert werden, was Freiheit bedeute. Damit sei nicht einfach ein Leben ohne Pflichten gemeint, sondern Freiheit schließe immer Verpflichtungen mit ein. Die Sache der Freiheit sei stärker denn je, und die Welt warte auf den Beitrag des Westens.

V.

Neuwahl des Präsidiums der Versammlung

Das Präsidium für das Jahr 1981 wurde einstimmig in folgender Besetzung gewählt:

Abg. Brooks (USA), Präsident

Abg. Gontikas (Griechenland), Dr. Corterier (Bundesrepublik Deutschland), Wall (Großbritannien), Vizepräsidenten

Abg. Laucournet (Frankreich), Schatzmeister

Die Ausschüsse der Versammlung werden vom 23. bis 25. Mai 1981 in Venedig tagen; die nächste Jahreskonferenz wird vom 11. bis 16. Oktober 1981 in München stattfinden.

Fröhlich

Dr. Jaeger

Stellvertretender Leiter
der Delegation

Leiter der Delegation

Entschließung

über die Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Energiepolitik

Die Versammlung

stellt fest, daß die derzeitige Energielage nichts anderes als ein fragiles Gleichgewicht in einer fortdauernden Krise darstellt;

ist besorgt über den gegenwärtigen Konflikt in der Golfregion und seine Auswirkungen auf die Ölversorgung der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses;

vertritt die Ansicht, daß die Aufrechterhaltung einer Energieversorgung zu angemessenen Preisen ein gemeinsames Bestreben aller Mitgliedsländer ist, um eine unerträgliche Belastung ihrer Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu vermeiden;

ist sich bewußt, daß die eigenen Vorräte des Bündnisses an Öl, Kohle und Erdgas zwar umfangreich, aber dennoch begrenzt sind und nur einen Teil seines Energiebedarfs decken können;

ist überzeugt, daß eine Drosselung des Energieverbrauchs auf ein vereinbartes Niveau und die Entwicklung alternativer Energiequellen erforderlich sind, um das Überleben der Volkswirtschaften der NATO-Länder zu sichern;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. ihre nationalen Energiepolitiken im Hinblick auf ein gemeinsames Vorgehen des Bündnisses entsprechend den Richtlinien der Internationalen Energieagentur (IEA) zu koordinieren;
2. die Nutzung der Kohle durch eine Rationalisierung des Kohlebergbaus, Verbesserung der Sicherheit und Verringerung der Umweltrisiken sowie durch die Entwicklung von Verfahren, um die Kohleverflüssigung und -vergasung marktfähig zu machen;

hig zu machen, und durch den Ausbau der Transportmöglichkeiten zu fördern;

3. die Kernenergie in angemessenen Dimensionen weiterzuentwickeln und gleichzeitig sichere Atommülllager einzurichten und die Gefahren der Weiterverbreitung auf ein Mindestmaß zu reduzieren;
4. Energiesparmaßnahmen zu verwirklichen und — wo solche Maßnahmen bereits angewandt werden — die beträchtlichen Unterschiede im Hinblick auf Umfang und Reichweite der nationalen Sparprogramme zu verringern;
5. die Bevölkerung über diese koordinierte Energiepolitik, eine rationelle Energienutzung, die Entwicklung neuer Energiequellen und Energiesparmaßnahmen zu informieren;
6. die Bemühungen um die Zusammenarbeit mit den wirtschaftlich schwächeren Bündnisländern und deren wirtschaftliche Unterstützung zu intensivieren;
7. die Vorschläge der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission) dadurch zu verwirklichen, daß die Hilfeleistungen an die am wenigsten entwickelten Länder erhöht und praktische Maßnahmen zur Lösung der dringendsten Probleme dieser Länder durchgesetzt werden.

EntschlieÙung

über Wirtschaftshilfe für Portugal

Die Versammlung

bestätigt das Mandat der 25. Jahrestagung in Ottawa, eine Arbeitsgruppe „Portugal“ zu bilden, „die konkrete Schlüsse ziehen und Maßnahmen festlegen sollte, um Portugal bei seiner gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen“;

ist sich der bedeutenden Position und Rolle Portugals innerhalb des Bündnisses bewußt;

kennt die beträchtliche wirtschaftliche Kluft zwischen Portugal und den meisten anderen Bündnisländern;

ist sich darüber im klaren, daß ein gut funktionierendes Wirtschaftssystem ein grundlegendes Erfordernis für politische Stabilität und die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit ist;

dankt der Arbeitsgruppe „Portugal“ für die bisher geleistete Arbeit und die erzielten Ergebnisse;

hält an der Idee fest, die Arbeitsgruppe beizubehalten, deren Rolle es sein wird, engere Beziehungen zwischen allen Mitgliedsländern des Bündnisses und Portugal zu fördern und Beiträge zur Ausarbeitung neuer Vorschläge für wirtschaftliche Hilfe und Investitionen zu leisten;

fordert die Regierung der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. alle Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Portugal sowie die Wirtschaftshilfe für dieses Land zu intensivieren;
2. in Zusammenarbeit mit der portugiesischen Regierung konkrete Hilfsprogramme auszuarbeiten, die sich an den vordringlichsten Bedürfnissen Portugals orientieren;
3. die Privatindustrie zur Intensivierung der Beziehungen zu Portugal zu ermutigen;
4. bilaterale Kommissionen für die Planung und Verwirklichung konkreter Projekte einzusetzen.

Empfehlung

über die Olympischen Spiele

Die Versammlung

1. verweist auf die Vorschläge, mit denen die Regierung der Hellenischen Republik 1976 und 1980 die Idee unterbreitete, die Olympischen Spiele wieder in ihrem Ursprungsland zu veranstalten;
2. berücksichtigt die EntschlieÙung über den Sport, die 1978 von der Konferenz der europäischen für den Sport zuständigen Minister in London angenommen wurde;
3. erwägt die Notwendigkeit, die Olympischen Spiele auf einer dauerhaften Basis zu veranstalten;
4. empfiehlt dem Nordatlantikrat, in Beratung mit dem Internationalen Olympischen Komitee alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit die Frage der Rückkehr der Olympischen Spiele in ihr Ursprungsland umgehend erörtert wird.

EntschlieÙung

über die vorsätzliche Störung internationaler Rundfunksendungen

Die Versammlung

verweist darauf, daß die Regierungen der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sich zum Ziel setzten, „die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern“, und daß die Schlußakte dieser Konferenz insbesondere „die Ausdehnung bei der Verbreitung von Information durch Rundfunksendungen“ feststellte und „die Hoffnung auf Fortsetzung dieses Prozesses“ zum Ausdruck brachte, um dem Interesse an gegenseitiger Verständigung zwischen den Völkern zu entsprechen;

erinnert an die Proteste, die durch diese Versammlung und während der Belgrader KSZE-Folgekonferenz gegen das fortgesetzte Stören der von Radio Free Europe — Radio Liberty und der Deutschen Welle in die Sowjetunion und verschiedene osteuro-

päische Länder ausgestrahlten Rundfunksendungen erhoben wurden; und

bedauert, daß die Sowjetunion am 20. August 1980 wieder begonnen hat, einige Rundfunksendungen der Voice of America, der British Broadcasting Corporation (BBC) und der Deutschen Welle zu stören;

bekräftigt ihre Überzeugung, daß solche Störmaßnahmen weiterhin den Geist und Buchstaben der Schlußakte von Helsinki verletzen und eingestellt werden sollten, und

fordert die Regierungen derjenigen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, die jetzt an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teilnehmen, dringend auf, energisch gegen jegliche Störmaßnahmen zu protestieren und darauf zu beharren, daß sie eingestellt werden müssen, wenn die Ziele der Schlußakte von Helsinki erreicht werden sollen.

Entschließung

über den Terrorismus

Die Versammlung

nimmt mit Besorgnis die Zunahme von Akten des internationalen Terrorismus in den Mitgliedsländern zur Kenntnis;

stellt fest, daß diese Verbrechen eine Herausforderung an die demokratischen Institutionen und die nationale und internationale Stabilität darstellen;

ist sich der besonderen Gefahr bewußt, die die immer häufigeren Angriffe auf diplomatisches Personal und diplomatische Einrichtungen inner- und außerhalb der Bündnisländer für die internationale Zusammenarbeit darstellen;

ist tief beunruhigt über das Wiederaufkeimen der antisemitischen Ideologie und die antisemitischen Handlungen, die von Terrororganisationen gegen Synagogen, Kulturzentren und, was noch gravierender ist, gegen Personen und sogar Kinder begangen werden;

vertritt die Ansicht, daß jeder Staat wirksame Maßnahmen ergreifen muß, um den Terrorismus, der die grundlegenden Rechte der Bürger bedroht, sowohl auf „regionaler“ als auch internationaler Ebene zu bekämpfen;

unterstreicht, daß diese Maßnahmen unter Achtung der gemeinsamen Werte der westlichen Welt, der Rechte, Freiheiten und Pflichten der Bürger der Mitgliedstaaten des Bündnisses getroffen werden müssen;

vermerkt die Bedeutung und die Wirkung der bereits von den Regierungen der Mitgliedstaaten unterzeichneten Abkommen, insbesondere im Hinblick auf den Kampf gegen die Luftpiraterie;

bekräftigt die Verpflichtung des Bündnisses zu enger Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Geißel des Terrorismus;

fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. die Mechanismen der Konsultation und Zusammenarbeit des Bündnisses voll zu nutzen, um den Austausch von Informationen über Gruppen, die mit terroristischen Kreisen in Verbindung stehen, zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten zu erleichtern, um die Zusammenarbeit im Bereich der Gesetzgebung und Rechtsprechung zu verstärken und den Kampf gegen Terrorverbrechen zu koordinieren, von denen europäische Länder und einige amerikanische Staaten in der jüngsten Zeit heimgesucht worden sind;
2. nach neuen Mitteln der Zusammenarbeit zu suchen, die es ermöglichen sollten, gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung subversiver Gruppen zu ergreifen, die Urheber von Terrorakten sein, Terroristen finanzielle oder materielle Hilfe leisten oder zu ihrer Ausbildung beitragen können;
3. dem Übereinkommen gegen Geiselnahme (New York 1979) beizutreten und andere Länder zur Unterzeichnung und Ratifizierung dieses wichtigen Übereinkommens zu veranlassen, damit es so rasch wie möglich in Kraft treten kann;
4. gemeinsame Maßnahmen zu erörtern, die innerhalb des Europarates oder durch die NATO vorgeschlagen werden könnten, um die Überlegungen und Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Atlantik im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus zu verstärken;
5. den Antisemitismus in all seinen Formen zu verurteilen und gegebenenfalls Gesetze zu schaffen, durch die diese Form der Intoleranz und Aufwiegelung zum Haß ausgerottet werden kann.

Empfehlung

über Chemische Kriegsführung

Die Versammlung

nimmt die jüngste Entscheidung des Kongresses der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, einen Kredit von 3,5 Millionen Dollar für Einrichtungen zur Herstellung neuer binärer chemischer Waffen zu genehmigen;

stellt fest, daß bisher zwischen den Bündnispartnern der NATO keine offizielle Konsultierung über die Entwicklung und Dislozierung neuer Offensivwaffen für die chemische Kriegsführung innerhalb des Bündnisses stattgefunden hat;

vermerkt das Bestehen des Genfer Protokolls, in dem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion übereinkamen, nicht als erste chemische Waffen einzusetzen, sowie die laufenden bilateralen Verhandlungen über ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung tödlicher chemischer Waffen;

vermerkt die gründliche Vorbereitung der sowjetischen Streitkräfte auf Verteidigungs- und Schutzmaßnahmen gegen die chemische Kriegsführung;

unterstreicht die Bedeutung politischer und militärischer Zwänge, die den Einsatz von Waffen für die chemische Kriegsführung verbieten könnten;

ist über die Perspektive einer Eskalation bei den Offensivwaffen für die chemische Kriegsführung besorgt;

ist überzeugt, daß Vorschläge über eine Dislozierung neuer Offensivwaffen für die chemische Kriegsführung in Europa in der europäischen Öffentlichkeit heftige Reaktionen hervorrufen würden;

fordert den Nordatlantikrat dringend auf:

dringend Beratungen über die Rolle der Offensivwaffen für die chemische Kriegsführung in der NATO-Strategie einzuleiten.

EntschlieÙung

über die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern, die Verstärkung der westlichen Verteidigung und die Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik

Die Versammlung

vermerkt die Tatsache, daß Frieden und Freiheit für die Partner des Nordatlantischen Bündnisses durch dieses Verteidigungsbündnis seit mehr als 30 Jahren gesichert sind;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf:

1. eingehende Diskussionen und Beratungen über die weltweite Bedrohung der NATO-Staaten durch die Politik der Sowjetunion, ihre fortgesetzte Aufrüstung und Expansion in der Dritten Welt einzuleiten, um eine gemeinsame Haltung zu erarbeiten, die den Frieden und die Freiheit in der Welt schützt;
2. das Bündnis durch die Verwirklichung des 1978 in Washington angenommenen langfristigen Verteidigungsprogramms (LTDP) zu stärken und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen (jährliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben um real 3 % bis 1985);
3. die Durchführung der TNF-Entscheidung der NATO vom Dezember 1979 energisch zu betreiben und die Bemühungen um eine Begrenzung der nuklearen und konventionellen Waffen durch SALT, MBFR und andere Verhandlungen fortzusetzen.

EntschlieÙung

über die Lage in der Golfregion

Die Versammlung

bedauert die Verluste an Menschenleben und das Leiden auf beiden Seiten in dem Krieg zwischen dem Iran und dem Irak;

ist tief besorgt über den Krieg und seine Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Stabilität und das Wohlergehen dieser beiden Länder sowie über die Möglichkeit, daß der Krieg sich ausweiten könnte;

ist sich bewußt, daß dieser Krieg und andere regionale Instabilitäten bereits tiefgreifende Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der erdölfördernden und -verbrauchenden Länder haben;

ist der Meinung, daß im Interesse der Stabilität der Region und der Aufrechterhaltung der Bündnisfreiheit von Ländern, die diesen politischen Kurs frei gewählt haben, Bedingungen geschaffen werden müssen, die eine Einstellung der Feindseligkeiten und eine möglichst baldige Regelung des Konflikts ermöglichen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. unter gebührender Berücksichtigung der Grenzen der NATO das gemeinsame Interesse aller Bündnismitglieder an der Stabilität der Golfregion zum Ausdruck zu bringen;
2. sich auf ein Militärprogramm und eine politische Strategie für das NATO-Gebiet zu einigen, die zur Schaffung der erforderlichen Flexibilität beitragen, damit einige Mitgliedstaaten Konflikten in anderen Gebieten, wo der Vertrag nicht angewendet werden kann, wirksam begegnen können;
3. unter den Bündnismächten ein wirksames Krisenmanagementsystem zu schaffen, damit sie in verschiedenen Konfliktgebieten spezielle Aufgaben übernehmen können.

EntschlieÙung

über Rüstungskontrolle

Die Versammlung

nimmt die entschiedene Unterstützung des SALT-II-Abkommens durch die europäischen Regierungen und Parlamente zur Kenntnis, wie sie durch die wiederholten Erklärungen von führenden Politikern und Regierungsmitgliedern der westlichen Welt zum Ausdruck gebracht wurde;

unterstreicht, daß sich diese Unterstützung nicht auf die Erkenntnis einer amerikanischen Schwäche, sondern auf die echte Überzeugung gründet, daß ein weiteres SALT-Abkommen den Rahmen für die Regelung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im strategischen Bereich wesentlich stärken und einen bedeutenden Schritt in Richtung auf das Ziel, in den künftigen SALT III-Verhandlungen eine größere strategische Stabilität durch wesentliche Verminderungen und Einschränkungen der Kernwaffenarsenale beider Seiten zu erreichen, darstellen könnte;

betont, daß die Öffentlichkeit in Europa der Rüstungskontrolle als einem ausschlaggebenden Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit und

Stabilität des Bündnisses weiterhin einen großen Wert beimißt;

ist überzeugt, daß Frieden und Sicherheit für alle von der Aufrechterhaltung des strategischen und nuklearen Gleichgewichts abhängen, und ist besorgt über die destabilisierenden Auswirkungen aller Versuche, nukleare Überlegenheit zu erlangen;

verweist auf die Bedeutung des Beschlusses der Regierungen der Bündnispartner vom Dezember 1979 für die Sicherheit des Westens und die Stabilität in Europa:

- Modernisierung der LRTNF-Streitkräfte der NATO
- gleichzeitige Verwirklichung eines stabileren nuklearen Gleichgewichts durch eine beiderseitige Reduzierung des Rüstungsumfangs auf dem Weg von Rüstungskontrollverhandlungen und
- Untersuchung der TNF-Erfordernisse der NATO im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse;

ist überzeugt, daß alle Begrenzungen der amerikanischen und sowjetischen LRTNF-Systeme bilateral ausgehandelt werden müssen; daß der Fortschritt bei diesen Verhandlungen vom Fortschritt im SALT-Prozeß abhängen wird und daß die Konsultierung und Unterstützung der Bündnispartner für die Verhandlungsbemühungen der Vereinigten Staaten von entscheidender Bedeutung ist;

begrüßt die Vorbesprechungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Einleitung von Verhandlungen über LRTNF-Streitkräfte;

fordert die Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

ihre Unterstützung des SALT-Prozesses und seine Bedeutung als stabilisierendes Element in den Ost-West-Beziehungen zum Ausdruck zu bringen;

die Beratungen und die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Einleitung von LRTNF-Verhandlungen im vollsten Umfang fortzusetzen und sich um einen erfolgreichen Ausgang der Genfer Verhandlungen zu bemühen.

Entschließung

über die KSZE und die Ost-West-Beziehungen

Die Versammlung

begrüßt, daß auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eine Einigung über eine Tagesordnung für diesen wichtigen Ost-West-Dialog erzielt worden ist;

bekräftigt, daß der KSZE-Prozeß auf einer stabilen Grundlage und mit neuen Anreizen für eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West fortgesetzt werden sollte;

betont die Notwendigkeit einer nüchternen Bewertung der Fortschritte, die in allen Teilnehmerstaaten bei der Anwendung der Prinzipien und Ziele der Schlußakte von Helsinki erzielt worden sind, sowie

die Notwendigkeit einer konkreten Weiterentwicklung dieser Prinzipien und Ziele;

wiederholt, daß die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion mit den Verpflichtungen der Schlußakte und den Grundprinzipien des Völkerrechts unvereinbar ist und daß eine normale Zusammenarbeit zwischen Ost und West ohne den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan nicht erreicht werden kann;

bekräftigt, daß die Achtung der grundlegenden Menschenrechte ein wichtiges Element der Ost-West-Beziehungen darstellt;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. während der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eng zusammenzuarbeiten, um die Menschenrechte im Rahmen der KSZE zu fördern;
2. den Plan einer Europäischen Konferenz über Sicherheit und Abrüstung zu unterstützen und dazu beizutragen, das Mandat für die Veranstaltung einer solchen Konferenz im Rahmen der KSZE als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses der Konferenz in Madrid klar und deutlich zu definieren;
3. andere Konferenzpläne im Rahmen der KSZE zu erörtern und vorzubereiten, insbesondere im Bereich der Energie;
4. sich zu beraten und Informationen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten auszutauschen;
5. die Freiheit all derjenigen zu fordern, die wegen ihres Kampfes für die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki verfolgt werden.

Entschließung

über die Krise in der Türkei

Die Versammlung

ist besorgt über die Krise in der Türkei, die militärische Intervention, die vorübergehende Aufhebung des Systems der parlamentarischen Demokratie und die vorläufige Beendigung der Tätigkeit politischer Parteien;

berücksichtigt die öffentlich zum Ausdruck gebrachten Verpflichtungen der militärischen Führung und der Regierung, die Demokratie so bald wie möglich wiederherzustellen;

berücksichtigt die Präambel des Nordatlantikvertrages, die die Unterzeichnerstaaten dazu verpflichtet, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“;

ist überzeugt, daß den Bürgern der Türkei und den Bündnismitgliedern sehr an raschen Fortschritten im Hinblick auf die Wiederherstellung der Demokratie und die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise gelegen ist;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses auf:

das starke Interesse, das sie an einer raschen Rückkehr zu demokratischen Institutionen in der Türkei sowie an einer erfolgreichen Lösung der Krisen dieses Landes haben, zum Ausdruck zu bringen;

fordert den Nationalen Sicherheitsrat der Türkei und die Regierung dringend auf:

ihr Versprechen zur Wiederherstellung der Demokratie unverzüglich einzulösen, indem sie konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Ziels ergreifen.

EntschlieÙung

über Afghanistan

Die Versammlung

bekräftigt erneut ihre Erklärung, daß die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion eine ungerechtfertigte und unannehmbare Verletzung der Souveränität, territorialen Integrität und Bündnisfreiheit Afghanistans darstellt;

vertritt die Ansicht, daß die seit fast einem Jahr bestehende Besetzung und der Versuch der Sowjetunion, das afghanische Volk gewaltsam zu unterjochen, eine schwere Verletzung des Rechts aller Afghanen auf Selbstbestimmung darstellt;

ist beunruhigt über die zersetzenden Auswirkungen der Invasion auf die regionale Stabilität und die Sicherheit der angrenzenden Nationen, insbesondere des Irans und Pakistans;

ist besorgt, daß die Sowjetunion ihre Aggressionspolitik fortsetzt, ohne den Schaden für die Entspannung und die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen zu berücksichtigen;

bedauert die Invasion und die anhaltende Besetzung Afghanistans als einen schwerwiegenden Verstoß gegen Geist und Buchstaben der Schlußakte der KSZE;

fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. weiterhin der Sowjetunion gegenüber auf offiziellem und privatem Wege ihre Verurteilung der sowjetischen Invasion und Besetzung Afghanistans zum Ausdruck zu bringen;
2. an ihrer abgestimmten Reaktion auf diese fortgesetzte Aggression festzuhalten;
3. weiterhin entschlossen ihrer Verpflichtung nachzukommen, sich um eine politische Regelung zu bemühen, die den unverzüglichen und totalen Rückzug der sowjetischen Streitkräfte und eine Garantie der Selbstbestimmung und territorialen Integrität Afghanistans impliziert;
4. der Haltung der neutralen und bündnisfreien Länder gegenüber Afghanistan weiterhin wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken;

fordert die Sowjetunion auf:

dieses Problem entsprechend der EntschlieÙung der UN-Vollversammlung vom 14. Januar 1980 zu lösen, und zwar durch „... den unverzüglichen, bedingungslosen und totalen Rückzug ausländischer Truppen aus Afghanistan, um dem afghanischen Volk die Möglichkeit zu geben, über die Form seiner Regierung selbst zu bestimmen und seine wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systeme frei von äußeren Einmischungen, Subversion, Zwängen oder Einschränkungen jeder Art zu wählen.“

EntschlieÙung

über die amerikanischen Geiseln im Iran

Die Versammlung

nimmt mit großer Sorge die wachsende Zahl von Gewalttaten und kriminellen Handlungen gegen Einrichtungen und Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, insbesondere die Geiselnahme zur Kenntnis;

nimmt mit tiefem Bedauern zur Kenntnis, daß 52 Amerikaner bereits seit einem ganzen Jahr als Geiseln im Iran festgehalten werden;

vertritt die Ansicht, daß die Aufrechterhaltung zwischenstaatlicher Beziehungen die Achtung der Unverletzlichkeit des Personals und der Einrichtungen diplomatischer Vertretungen voraussetzt;

bekräftigt ihre Verpflichtung zu den Grundsätzen des Völkerrechts, die in den Wiener Übereinkommen über die diplomatischen und konsularischen Beziehungen aus den Jahren 1961 und 1963 festgelegt wurden;

ist beunruhigt über die Auswirkungen, die die unter offenkundiger Verletzung dieser Grundsätze fortgesetzte Gefangenhaltung der amerikanischen Geiseln im Iran auf den Frieden und die Sicherheit in der Welt und auf den geordneten diplomatischen Verkehr haben;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Bündnisses dringend auf:

1. die unter Verletzung der grundlegendsten Bestimmungen des Völkerrechts fortdauernde Gefangenhaltung der amerikanischen Geiseln im Iran auf das strengste zu verurteilen;
2. die vom Iran zum Ausdruck gebrachte anhaltende und offenkundige Mißachtung dieser geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, der EntschlieÙung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in denen die sofortige Freilassung der amerikanischen Geiseln gefordert wird, und der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in dieser Frage zu verurteilen;
3. soweit wie nur irgend möglich zusammenzuarbeiten, um die frühestmögliche Freilassung der amerikanischen Geiseln zu erreichen.

Richtlinie

über Kernwaffen in Europa

Die Versammlung

beauftragt ihren Präsidenten, einen Modus der Zusammenarbeit zwischen dem Politischen Ausschuß und dem Militärausschuß zur gemeinsamen Untersuchung der Probleme der Kernwaffen in Europa und der Zukunft von Rüstungskontrollverhandlungen zwischen Ost und West in diesem Bereich zu erarbeiten.

Empfehlung

über Unterstützung des NATO-Programms „Wissenschaft im Dienste der Stabilität“

Die Versammlung

erinnert an ihre Empfehlung 68, die während der 24. Jahrestagung im November 1978 in Lissabon verabschiedet wurde und in welcher der Wissenschaftsausschuß der NATO aufgefordert wurde, Bündnisstaaten mit niedrigerem wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungsstand zu helfen;

begrüßt die vordringlichen Bemühungen, die seither vom Wissenschaftsausschuß der NATO zur Vorbereitung eines solchen Hilfsprogrammes unternommen wurden;

nimmt Kenntnis von der Zustimmung, die der NATO-Rat während seiner Tagung in Ankara im Juni 1980 der Erstellung eines besonderen Fünf-Jahres-Programms mit dem Titel „Wissenschaft im Dienste der Stabilität“ gewährt hat, um die wissenschaftlichen und technologischen Möglichkeiten Griechenlands, Portugals und der Türkei durch eine Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen in anderen Bündnisstaaten zu fördern;

äußert Genugtuung darüber, daß Teilprojekte des Programms die Planungsphase erreicht haben;

empfiehlt dem Nordatlantikrat, sicherzustellen, daß angemessene Hilfe und Mittel für dieses vordringliche Programm, das zur wesentlichen wirtschaftlichen Entwicklung dieser drei Länder beitragen wird, bereitgehalten werden.

Empfehlung

über die Förderung der angewandten Wissenschaften und der Technik innerhalb des Wissenschaftsprogramms der NATO

Die Versammlung

anerkennt den bedeutenden Beitrag, den das Wissenschaftsprogramm der NATO während der vergangenen 22 Jahre zum Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern und Technikern aus aller

Welt, insbesondere jedoch aus den Mitgliedsländern des Bündnisses, geleistet hat;

anerkennt die Einzigartigkeit des internationalen Wissenschaftsprogramms der NATO, das von Anfang an trotz begrenzter finanzieller Mittel die Entwicklung sehr wichtiger wissenschaftlicher und technologischer Fähigkeiten von entscheidender langfristiger Bedeutung gefördert hat;

ist überzeugt von dem gegenwärtigen Erfordernis nach mehr Innovation durch die Entwicklung von Aktivitäten, die vor allem auf die Stärkung der Technik und der angewandten Wissenschaften abzielen;

ist beunruhigt über die Haushaltslage des Wissenschaftsprogramms der NATO, das während der vergangenen zehn Jahre mit einer real rückläufigen finanziellen Unterstützung betrieben wurde;

empfiehlt dem Nordatlantikrat:

1. sich der vordringlichen Aufgabe zuzuwenden, die Ausgaben für das Wissenschaftsprogramm der NATO real zu erhöhen, damit die wertvollen Anstrengungen des Wissenschaftsausschusses der NATO angemessen unterstützt werden;
2. den Wissenschaftsausschuß der NATO zu ermutigen, mehr Innovationen in sein Programm einfließen zu lassen, damit
 - a) seine Aktivitäten auf dem Gebiet der angewandten Wissenschaften und der Technik deutlich erweitert werden und
 - b) bei zukünftigen Projekten der Erfahrungsaustausch zwischen Industrie, Regierungen, Universitäten sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zunehmend ausgebaut wird.

Entschließung

über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Bündnisländern auf dem Gebiet der Energieeinsparung

Die Versammlung

betont, daß die Energieressourcen der Welt nur begrenzt verfügbar sind und daß der Preis für Primärenergie rapide steigt;

ist sich der Auswirkungen bewußt, die die ständigen Energiepreiserhöhungen nicht nur auf die Wirtschaft in den Bündnisländern, sondern vor allem auch auf die am wenigsten entwickelten Länder haben;

ist darüber besorgt, daß laut Angaben der Weltbank das Leistungsbilanzdefizit der erdölimportierenden Entwicklungsländer von 7 Mrd. Dollar im Jahre 1973 auf über 70 Mrd. Dollar im Jahre 1980 gestiegen ist und daß sich ihre gesamten Verbindlichkeiten während des letzten Jahrzehnts versechsfacht haben und nun 376 Mrd. Dollar betragen;

betont, daß diese Defizite weitgehend auf die Ölpreiserhöhungen von 1,30 Dollar pro Barrel im Jahre 1970 auf 32 Dollar pro Barrel im Jahre 1980 zurückzuführen sind;

weist darauf hin, daß Maßnahmen zur Energieeinsparung, die den weltweiten Energieverbrauch bis zum Ende des Jahrhunderts um 30% senken könnten, ein wirksames Vorgehen zur Senkung des Energiebedarfs und zur längerfristigen Erhaltung der knappen Welterdölvorkommen darstellen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. ihre nationalen Anstrengungen zur Energieeinsparung zu intensivieren;
2. mit den anderen Mitgliedsländern des Bündnisses durch den Austausch von Informationen über Projekte und Technologien zusammenzuarbeiten, die tatsächliche Energieeinsparungen auf dem Industrie- und Verkehrssektor sowie im privaten und gewerblichen Bereich ermöglichen.